

A b d r u c k  
**Niederschrift**  
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des  
Ausschusses für Natur- und Umweltschutz  
von Mittwoch, den 28.07.2010,  
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:           09:00 Uhr  
Ende der Sitzung:            11:10 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.**

**Für den in der Zeit von 11:15 Uhr bis 12:05 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.**

**Anwesend waren:**

**Ausschussmitglieder**

Frau Gabriele Almritter  
Frau Ellen Eberth  
Herr Hermann-Josef Eck  
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn  
Herr Hubert Klimmer  
Herr Peter Maurer  
Frau Monika Schuck  
Herr Kurt Schumacher  
Herr Dr. Christian Steidl  
Herr René Wendland

**Kreistagsmitglieder zur Kenntnis**

Herr Dietmar Andre  
Herr Jens Marco Scherf

**Gefehlt haben:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Erwin Dotzel  
Frau Petra Münzel

**Von der Verwaltung waren anwesend:**

Herr Verwaltungsdirektor Dietmar Fieger           bis 10:45 Uhr  
Herr Regierungsamtsrat Wolfgang Röcklein  
Frau Regierungsrätin Ursula Ott  
Frau Regierungsrätin Birte Thomasen  
Herr Dipl.-Ing. (FH) Roland Dittrich           zu TOP 1  
Herr Kai Strüber, Techn. Amtmann  
Frau Ruth Heim, Verwaltungsamtsrätin  
Frau Kristina Wagner, Schriftführerin

**Ferner waren anwesend:**

Herr Norbert Berres, Geschäftsführer EZV       zu TOP 2  
Herr Rainer Wabersich, ibu-GmbH

## **Tagesordnung:**

- 1 Maßnahmen des Landkreises zu Klimaschutz/Energieeinsparung/CO2-Einsparung
- 2 Photovoltaik-Anlagen auf Landkreis-Grundstücken und -gebäuden
- 3 Sachstand Potenzialanalyse für ein integriertes Energie- und Klimakonzept in der Region Bayerischer Untermain und ggf. Beschlussfassung
- 4 Versorgung des Landkreises mit erneuerbarer Energie  
(Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.01.2010 und  
Antrag der Fraktion der Freien Wähler vom 18.07.2010)
- 5 Kreismülldeponie Guggenberg; Bericht zum Sickerwasserproblem
- 6 Erweiterung der Kreismülldeponie Guggenberg; Erdhalde –  
Durchführung von Restarbeiten durch die ARGE
- 7 Abfallbilanz 2009 - Kurzvorstellung
- 8 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

## Maßnahmen des Landkreises zu Klimaschutz/Energieeinsparung/CO2-Einsparung

Landrat Schwing erläuterte, man wolle in diesem Fall dem Gremium die Initiativen und Maßnahmen näherbringen, die man im Bauausschuss behandle.

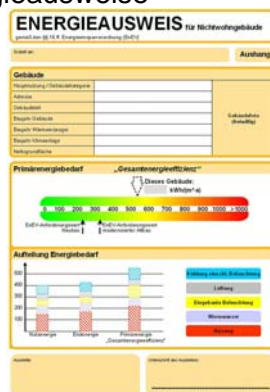
Dipl.-Ing. (FH) Dittrich erläuterte den Sachverhalt:

Zurzeit ist das Kreisbauamt dabei ein ‚Energiemanagement für die zu verwaltenden landkreiseigenen Liegenschaften‘ aufzubauen.

Als erster Schritt zur zeitnahen vergleichenden Energiedatenerfassung wurden seit 2005 in 14 kreiseigenen Liegenschaften ca. 50 Zähler auf eine automatische Verbrauchserfassung für die Bereiche Wasser, Strom, Wärme/Gas aufgeschaltet.

Die Telekommunikationseinrichtungen (Modem, Datenlogger, Telefonanschlüsse) wurden installiert, um die erfassten Daten an einen Hauptrechner zu übertragen und mittels einer Auswertungs-Software (IBS-XL) auszuwerten.

### Energieausweise



Am 16.12.2002 wurde die EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden erlassen. In Artikel 5 Absatz 3 dieser Richtlinie werden die Mitgliedstaaten angehalten sicherzustellen, dass bei Gebäuden mit einer Gesamtnutzfläche von über 1.000 m<sup>2</sup>, die von Behörden und von Einrichtungen genutzt werden, die für eine große Anzahl von Menschen öffentliche Dienstleistungen erbringen und die deshalb von diesen Menschen häufig aufgesucht werden, dass ein höchstens zehn Jahre alter Ausweis über die Gesamtenergieeffizienz an einer für die Öffentlichkeit gut sichtbaren Stelle angebracht wird. Die Umsetzung dieser Richtlinie in Deutschland schreibt diesen Ausweis als Aushang ab 01.07.2009 vor. Zurzeit sind die Verbrauchsausweise aufgehängt.

Die aussagekräftigeren Energiebedarfsausweise werden zurzeit erstellt, dies ist Bestandteil des mit ca. 80% vom Bund geförderten Aufbaus eines Klimaschutzmanagements, jedoch nur für die landkreiseigenen Gebäude.

### Energiebedarfsausweise

Es wurde im Bauausschuss bereits 2008 entschieden, für alle Liegenschaften des Landkreises bedarfsbezogene Ausweise über die Gesamtenergieeffizienz zu erstellen. Hierfür werden außer den Energieverbräuchen auch eine umfassende systematische Bestandserfassung mit Daten über Bauteile sowie der haustechnischen Ausstattung notwendig.

### Energiekonzepte

Im Rahmen der Datenerhebung für die Energieausweise werden von den Energieberatern auch weiterführende Betrachtungen und Energieeffizienz steigernde Maßnahmen untersucht, mit deren Hilfe Energiekonzepte für die einzelnen Liegenschaften erstellt werden. Mit

diesen Energiekonzepten ist es dann zukünftig möglich, Investitionen im Bereich ‚Energie‘ wirtschaftlich sinnvoll aufeinander abgestimmt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel umzusetzen.

### **Aufbau eines Klimaschutzmanagements für die landkreiseigenen Liegenschaften des Landkreis Miltenberg - Förderantrag**

Nachdem der Förderantrag vom 15.12.2008 letztendlich am 08.12.2009 mit Zuwendungsbescheid vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit positiv geprüft wurde, konnten die Arbeiten zur Konzepterstellung aufgenommen werden.

Mittlerweile ist aufgrund der Haushaltslage des Bundes u.a. die Förderung von Klimakonzepten gestoppt worden. Dies betrifft nur Förderanträge, die noch in Vorbereitung sind oder bereits beantragt, über die jedoch noch nicht entschieden wurde.

Beschiedene Anträge, wie der o.g. des Landkreises Miltenberg, behalten die zugesagte Förderung und werden noch abgearbeitet.

Mit Bescheid über den Antrag des Landkreises Miltenberg liegen die zuwendungsfähigen Kosten bei 126.460,00 €, Zuwendungen von 80 % (101.168,00 €) werden gewährt. Davon stehen 96.110,00 € in 2010 und 5.058,00 € in 2011 zur Verfügung.

Das Konzept beinhaltet den Aufbau eines Klimaschutzmanagements für die eigenen, öffentlich zugänglichen Liegenschaften des Landkreises Miltenberg mit Impulsgebung für die Kommunen im Landkreis. Hierbei sind zum einen der Aufbau eines kommunalen Energiemanagements (KEM) und weitere Ergänzungen wie Marketing, Schulkonzept-Nutzer motivation, Übertragbarkeit auf die einzelnen Gemeinden und die Optimierung der Anlagentechnik vorgesehen.

Nach den Förderbestimmungen müssen die Leistungen für die Energiebedarfsausweise und Erarbeitung von bewerteten Energieeinsparpotentialen der eigenen Liegenschaften ausgeschrieben und vergeben werden.

Es wurde daher ein Leistungsverzeichnis erarbeitet und die Leistungen beschränkt ausgeschrieben.

Als Bieter wurden nur ‚BAFA-zertifizierte‘ (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) Energieberater für „Nichtwohngebäude“ zugelassen.

### **Weiteres Vorgehen**

Mai/Juni 2010:	Datenerfassung bzw. Auswertung Ist-Bewertung Nutzer motivation Recherchen zur Leitbilderstellung
Juli 2010:	Erarbeiten von Einzelmaßnahmen im Rahmen der Energieberatung nach Prioritäten Überprüfung des Systems zur Verbrauchsdatenerfassung, bzw. Konzepterstellung zur zukünftigen Erfassung <b>Erstellung eines Leitbildes zum Klimaschutz *</b> Erarbeitung/Erstellung Homepage
August/Sept. 2010:	Infoveranstaltung/Erfahrungsabfrage Landkreismunicipalitäten Besprechung und Abstimmung der Maßnahmenentwürfe Umsetzung evtl. Änderungen in der Verbrauchsdatenerfassung AK Schul motivation

- Sept./Okt. 2010: Festlegung der Maßnahmenpakete für 2011 als Grundlage zur Haushaltsaufstellung  
Erste Ergebnisse aus Sofortmaßnahmen in 2010  
Fertigstellung und Übersendung der Energieberichte der Liegenschaften  
Auswertung und Ranking KEM (EA-Ufr.)  
Ausarbeitung eines Konzepts für die Übertragbarkeit des KEM auf Gemeinden, sowie dessen Vorstellung
- Oktober 2010: Evaluierung / Intranet / Internet  
Vorbereitung eines Leitfadens für die Landkreisgemeinden
- November 2010: Vorstellung der Ergebnisse der Detailanalysen

Unabhängig von den Maßnahmen zum Aufbau eines Energiemanagements wurde bei allen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen der letzten Jahre immer Wert auf die Einhaltung bzw. Unterschreitung der Energiestandards gelegt.

Bsp.:

- Umstellung auf regenerative Energie (Holzhackschnitzel) für den Bereich Elsenfeld
- Umstellung auf regenerative Energie (Holzhackschnitzel) für den Bereich Obernburg
- Kreiseigene Photovoltaikanlage bei der Berufsschule Obernburg
- Hydraul. Abgleich bei Heizungsanlagen
- Neue Steuerungstechnik für Heizungsanlagen
- Austausch veralteter Beleuchtungssysteme (tageslichtabhängig mit Bewegungsmeldern)
- Maßnahmen KPII
- Vermietung von Dachflächen für Photovoltaikanlagen

Teilnahme an der Öko-Profit Runde 2009

Der Landkreis Miltenberg nahm an der Öko-Profit Runde 2009 mit Erfolg teil.

Erkenntnisse aus dieser Runde wurden zum Teil sofort umgesetzt oder sind noch in Vorbereitung.

Bsp.:

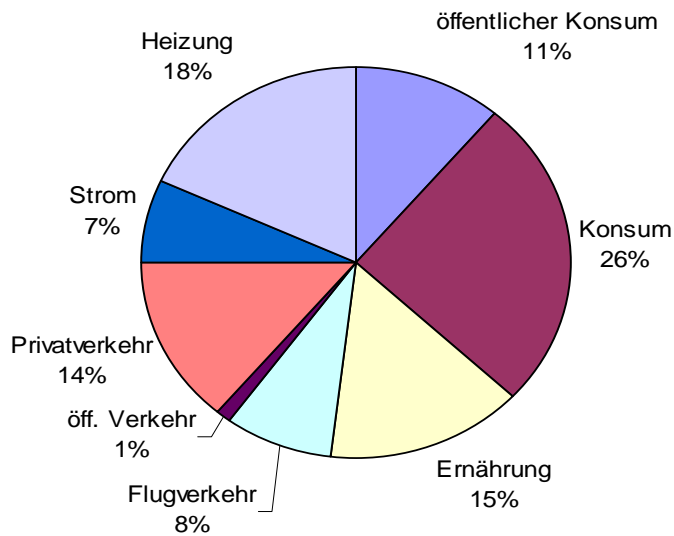
- Anschaffung eines gasbetriebenen Dienstfahrzeuges für die Gärtnerkolonne
- Anschaffung von PC's (Green IT)
- Umstellung auf Recycling Papier
- Nutzermotivation
- Hausmeisterschulung „Auswertung von Energiedaten“
- Schulung von „Energiebeauftragten“ in Schulklassen einer Schule durch Energieberater
- Hinweise im Intranet des Landratsamtes zu den Themen Heizung, Lüftung, Beleuchtung

### **Im Bauausschuss verabschiedetes Leitbild zum Klimaschutz bezgl. der eigenen Gebäude**

Grundlage ist die notwendige CO<sub>2</sub>-Einsparung, die der Landkreis Miltenberg für die weltweit vereinbarte Einhaltung des 2°C-Ziels 2050 erbringen sollte.

## Verteilung CO<sub>2</sub> – Ausstoß in Deutschland: 11 Tonnen CO<sub>2</sub> / Pers./Jahr

Istzustand



**Notwendige Reduzierung für das 2°-Ziel 2050:  
2 Tonnen CO<sub>2</sub> / Pers./Jahr = 80% Reduktion (IEA)**

Daraus folgt für den Wirkungskreis des Landkreises:

1. Energieeinsparung und Nutzung regenerativer Energien für die Liegenschaften des Landkreises: konkrete Grenzwerte und Maßnahmen insbesondere im Haustechnischen Bereich
2. Maßnahmen zur Motivation zum Klimaschutz im Gebäudebereich der Bürger und der Kommunen im Landkreis: Homepage mit den Erfolgen des Landkreises, Informationen für die Sanierung eigener Gebäude, Schülermotivation, später: Information über den gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Landkreises und die Erfolge der Minderung

Grenzwerte der landkreiseigenen Liegenschaften

Maßstab: **Passivhausstandard** (nur Vorwegnahme EU-Vorgabe 2018)

mit Mindestanteil erneuerbarer Energien  
mit Kompromissen bei teuren Bauteilen  
und Ausnahmen für Altbauten

**Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm die Ausführungen zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 2:

## **Photovoltaik-Anlagen auf Landkreis-Grundstücken und -gebäuden**

Regierungsamtsrat Röcklein erläuterte den Sachverhalt anhand von Bildern.

Die erste Photovoltaikanlage wurde 2001 in Zusammenarbeit mit Herrn Thielke aus Amorbach auf der Ernst-Heinrich-Stötzner-Schule in Miltenberg errichtet. Inbetriebnahme war am 19.04.2010 und der damalige Umweltausschuss konnte die Anlage über Feuerwehrleitern aus nächster Nähe besichtigen.

Die Anlage erzeugt bei einer Anlagengröße von 46,6 kWp ca. 40.000 kWh im Jahr.

Bereits diese Anlage wurde über die Volksbank Tauberbischofsheim mit Verbindungen zu Tauber-Solar finanziert.

Über Kontakte mit der Fa. Tauber-Solar gingen wir dann an das Landratsamtsgebäude und das Kompostwerk Guggenberg.

Die Anlage auf dem Südflügel des Landratsamtes, über den Räumen des Umweltamtes, ging am 16.05.2003 in Betrieb.

Mit einer Anlagengröße von 35,785 kWp wurden bis heute 213.031 kWh erzeugt und in das öffentliche Netz eingespeist. Dadurch wurden 127.819 kg CO<sup>2</sup> vermieden.

Die Anlage auf dem Kompostwerk in Guggenberg wurde von Tauber-Solar am 31.07.2003 in Betrieb genommen und war mit 447,78 kWp und rund 5.000 m<sup>2</sup> Fläche über einige Jahre die größte Anlage im Landkreis und in der weiteren Umgebung.

Hier wurden 1.845.500 kWh Strom erzeugt und 1.107.300 kg CO<sup>2</sup> vermieden.

Bei diesen beiden Anlagen mussten in den letzten Jahren die BP-Solarmodule ausgetauscht werden. Dadurch konnten die Anlagen nicht ihre volle Leistung erbringen. Der Austausch erfolgte auf Kosten der Fa. BP-Solar einschließlich der Zahlung von Ausfallvergütungen.

Im Jahr 2006 errichtete Tauber-Solar die Photovoltaikanlage auf dem Dach der Müllum-schlaghalle unserer Müllumladestation Erlenbach a. Main.

Diese Anlage umfasst 292 Module und acht Wechselrichter mit einer Leistung von 52,56 kWp bei einer Modulfläche von rund 430 m<sup>2</sup>. Bisher wurden von dieser Anlage 179.687 kWh eingespeist und 107.812 kg Co<sup>2</sup> vermieden.

Im Herbst 2009 begann der Energiezweckverband Wörth-Erlenbach mit der Errichtung von zwei Photovoltaikanlagen auf den Altdeponien Wörth und Schippach die noch im Dezember 2009 in Betrieb gingen.

Die neuesten Anlagen wurden von Herrn Berres vom EZV im Detail anhand der zur Verfügung gestellten Präsentation vorgestellt.

Verwaltungsdirektor Fieger erläuterte weiterhin, welche Dachflächen der Landkreis zur Errichtung von PV-Anlagen an die Fa. Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen Energie Untermain mit Sitz in Mönchberg vermietet:

- 650 qm Fläche auf dem Dach der Johannes-Hartung-Realschule Miltenberg (Nennleistung 80 kWp)
- 700 qm Fläche auf dem Dach der Janusz-Korczak-Schule Eisenfeld (Nennleistung 90 kWp).

In eigener Regie betreibt der Landkreis eine PV-Anlage auf dem Dach der Lehrwerkstätten der Berufsschule Obernburg mit einer Modulfläche von 1400 qm und mit einer Nennleistung von 75,6 kWp.

Wenn man alles zusammenfasse, komme man auf eine Gesamtleistung von 2,8 Mio. kWh, dies entspreche einer CO<sup>2</sup>-Einsparung von 4.700 to pro Jahr.

Landrat Schwing ergänzte, es handele sich um beeindruckende Zahlen. Die eigene Anlage an der Berufsschule Obernburg sei allerdings in erster Linie wegen der nötigen Verschattung im Rahmen der energetischen Sanierung erstellt worden. Die Verschattung konnte durch die Photovoltaikanlage erreicht werden. Man habe nun dort angenehme Temperaturen und es werde Strom produziert, den man vergütet bekomme. Natürlich habe man hier eine längere Amortisationszeit als bei einer herkömmlichen Anlage, dies sei aber die intelligenteste Lösung gewesen.

Kreisrätin Almitter begrüße prinzipiell alles in diesem Zusammenhang. Sie habe allerdings die Anregung, im Sitzungssaal die Klimaanlage auszuschalten. Besonders positiv empfinde sie die Einrichtung von Solaranlagen auf alten Deponiekörpern. In diesem Zusammenhang fragte sie nach einer Möglichkeit für die Kommunen, alte Deponiekörper entsprechend zu nutzen und ob eine Unterstützung des Landkreises möglich sei.

Landrat Schwing erklärte, man könne man nicht generell festlegen, ob solche Flächen geeignet sind, da sie teilweise zu klein seien. Selten liege eine so große Hausmülldeponie vor wie in Schippach oder Wörth. Von Seiten des Landkreises gebe es allerdings keine finanziellen Zuschüsse. Man habe sich an Recht und Gesetz zu halten und daher seien nur Entscheidungen nach Gesetz möglich. Die Umsetzung in Wörth und Schippach sei auch nicht ganz einfach gewesen.

Kreisrat Dr. Fahn erklärte, Energiesparen müsse zum Dauerbrenner werden. Das Vorgestellte sei ein Leuchtturmprojekt in ganz Bayern. Es wundere ihn allerdings, dass der Bauausschuss ein Leitbild zum Thema Klimaschutz verabschiedet habe, seine Meinung nach solle man damit noch auf alle Daten warten und es sei auch Aufgabe des Umweltausschusses. Das Ziel bis 2050 empfinde er als ein gutes Ziel. Seit 2005 seien Vertragsdaten von 14 Liegenschaften erfasst, diesbezüglich fragte er an, ob es sich hierbei um alle Liegenschaften des Landkreises handele. Ebenfalls empfinde er den Passivhausstandard als positiv und erwähnte die wichtigen Hausmeisterschulungen. Man solle alle Schulen des Landkreises mit einbeziehen und bei jungen Menschen mit der Umweltbildung beginnen.

Landrat Schwing erklärte, das Leitbild habe verabschiedet werden müssen und sei auch in erster Linie für den Bauausschuss von Bedeutung. Natürlich sei es allgemein gültig, man könne es aber jederzeit entsprechend nachbessern. Man habe damit immerhin über 100.000 € dadurch erhalten. Man habe damit ein ambitioniertes Leitbild entworfen.

Man baue im Passivhausstandard bei Neubauten, im Landkreis Aschaffenburg sei dies abgelehnt worden, insbesondere durch die Fraktionen der FW und SPD.

Die Liegenschaften seien weitgehend angebunden, Ziel seien natürlich alle Liegenschaften. Der Bauausschuss sei der zuständige Ausschuss, dort gebe es die Informationen immer wieder. Beispielsweise gebe es jedes Jahr eine Bilanz der Holzhackschnitzelanlage in Elsenfeld, übrigens mit hervorragenden Erfolgen. Dies sei nur interessant, wenn man Vergleichszahlen vom Vorjahr habe, dies war bisher nicht der Fall.

Kreisrat Scherf erläuterte, die Bilanz könne sich im Großen und Ganzen sehen lassen, aber wohin gehe es weiter, welche Perspektiven gebe es? In Bezug auf die Bedarfsausweise und die Deponie Wörth freue es ihn, wenn Ideen gefruchtet haben und gut gewesen seien. Natürlich koste es Geld, aber je später man etwas umsetze, desto teurer werde es. Das 2°C-Ziel sei in seinen Augen eine Farce und nicht mehr zu erreichen. Kritisch merkte er an, dass man



im Jahr 2010 für Recyclingpapier Werbung machen müsse. Weiterhin stellte er eine konkrete Frage an Dipl.-Ing. (FH) Dittrich bezüglich des Leitfadens für die Kommunen und dessen konkreten Aussehens, und welche Ausrichtung der Arbeitskreis Schulmotivation habe (ob hier alle Schulen bedient werden würden oder nur diese, bei denen der Landkreis Sachaufwandsträger sei). Er fragte weiterhin, ob es Zahlen gebe, wie viel Prozent Energie des Landkreises regenerativ erzeugt werde und wie viel Tonnen CO<sup>2</sup> man insgesamt im Landkreis produziere.

Landrat Schwing erklärte, um zu beantworten, was man an regenerativer Energie erzeuge und damit an CO<sup>2</sup> spare, benötige man die Potenzialanalyse. Ihn störe die Diskussion zur Nachhaltigkeit in Bezug auf den Landkreis; man solle aber beachten, man habe zwar eine Vorbildfunktion, die man auch gut erfülle – aber alleine sei dies nicht möglich. Auch andere seien hier zuständig. Dies sei auch der Sinn des Leitfadens, Kommunen sollen sich daran orientieren können. Die Bürgermeister seien dankbar für Hinweise.

In Bezug auf Recyclingpapier habe man zwischenzeitlich das Problem gehabt, dass die Technik (Drucker und Kopierer) nicht mitgehalten habe. Mittlerweile habe man dies sichergestellt. Dies sei ein Fortschritt, man habe dies auch dem ÖKOPROFIT-Prozess zu verdanken. Wichtig sei ihm dies insbesondere wegen der Vorbildfunktion gewesen. Das Landratsamt Miltenberg sei das erste Landratsamt am Untermain, welches dort mitgemacht habe. Andere ziehen nun nach. In Bezug auf das 2°C-Ziel erklärte er, man solle nicht die daran arbeitenden Leute demotivieren. Viele andere diskutieren unterhalb dessen.

Kreisrat Andre gefalle es nicht, dass das Leitbild in Frage gestellt worden sei. Ein Leitbild müsse der Arbeitsphase vorweg gehen. Erstelle man dies im Nachhinein, sei es kein Leitbild mehr, sondern eine Bilanz. Weiterhin habe nicht der erste Antragsteller etwas geschaffen, sondern derjenige, der dies durch Finanzierung verwirklicht. Natürlich sei eine Umsetzung schwierig.

Landrat Schwing bemerkte, wichtig sei, dass man es gemeinsam in die Zukunft trage, egal, wer welche Anregungen gegeben habe. Es gehe um unsere Region und man sei eine Region der Kooperation.

Regierungsamtsrat Röcklein ergänzte die Informationen mit Angaben zur Mülldeponie Großheubach und Sulzbach. Sulzbach sei ungeeignet, Großheubach sei am besten geeignet, es liege auch eine fertige Planung vor, allerdings gehöre das Grundstück nicht zu 100 % dem Landkreis Miltenberg. Der Eigentümer möchte zusätzlich Geld, sollte eine Solaranlage dort gebaut werden, und aus diesem Grund liege diese Angelegenheit momentan auf Eis. Es habe sogar bereits einen Prozess beim Amtsgericht Miltenberg gegeben, den man allerdings verloren habe.

Tagesordnungspunkt 3:

### **Sachstand Potenzialanalyse für ein integriertes Energie- und Klimakonzept in der Region Bayerischer Untermain und ggf. Beschlussfassung**

Regierungsrätin Thomasen erläuterte den Sachverhalt:

#### I. Rückblick

Die Leitungsgruppe der Initiative Bayerischer Untermain hat am 13.10.2008 beschlossen, sich dem Thema „Energie“ auf gesamtregionaler Ebene widmen zu wollen. Es soll ein Konzept für eine Potentialanalyse über regionale Energieerzeugung und –verbrauch erarbeitet, und soweit möglich Fördermittel einbezogen werden. Gleichzeitig soll eine Strategie zur

Stärkung der regionalen Energieerzeugung, Energieeffizienz und –einsparung erstellt werden.

Dazu wurde die „Task Force Energie“ als gemeinsamer Arbeitskreis mit folgenden Mitgliedern gegründet: Stadt Aschaffenburg, Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg, der INITIATIVE, AVG, IHK Aschaffenburg, Handwerkskammer sowie verschiedenen energieintensiven Großbetrieben. Die Verwaltungen der beiden Landkreise, der Stadt Aschaffenburg sowie der restlichen Mitglieder des Arbeitskreises haben sich anschließend auf eine entsprechende Verfahrensweise zur Beauftragung eines externen Büros und Beantragung der Fördermittel verständigt.

In der Sitzung des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz am 05.10.2009 wurde über das beabsichtigte Energie- und Klimaschutzkonzept der beiden Landkreise Miltenberg und Aschaffenburg sowie der Stadt Aschaffenburg berichtet, das im Rahmen der Förderung von integrierten Klimaschutzkonzepten durch das Bundesumweltministerium für die Region erstellt werden soll. Es bestand Einverständnis damit, dass die Fördermittel beantragt werden und die Firma B.A.U.M.-Consult GmbH, München, mit der Erstellung eines integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes beauftragt wird und sich der Landkreis im Rahmen einer mindestens 70%-igen Förderung durch das Bundesumweltministerium anteilig zu einem Drittel an den verbleibenden Kosten (incl. Öffentlichkeitsarbeit) beteiligt.

Wesentliche Bestandteile des Konzeptes sind eine Bestandsaufnahme zum Energieverbrauch in der Region, die Potenziale für Ausbau/Nutzung regionaler Energieerzeugung sowie für Energieeinsparung und -effizienz, die Erstellung einer Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz sowie die Empfehlung von Maßnahmen.

Auf Basis des Kostenangebotes des günstigsten Fachbüros, der Fa. B.A.U.M. Consult GmbH in München, wurde in der Sitzung folgender Kostenplan vorgestellt:

Gesamtkosten Energiekonzept Region	rd. 130.000	EUR
abzüglich 70%-ige Förderung (max. 80%)	rd. 91.000	EUR
zzgl. Ansatz Öffentlichkeitsarbeit	<u>rd. 6.000</u>	<u>EUR</u>
Restkosten	rd. 45.000	EUR
Kostenanteile der drei Gebietskörperschaften (1/3)	je 15.000	EUR

Es ist vereinbart worden, das Projekt erst nach entsprechender Förderung zu realisieren und das Antragsverfahren abzuwarten. Die Stadt Aschaffenburg hat im Namen der drei Gebietskörperschaften die Antragsunterlagen der zuständigen Förderstelle in Berlin Ende 2009 zugesandt.

## II. Aktueller Stand

Mit Schreiben vom 06.05.2010 teilte der Projektträger des BMU (Projektträger-Jülich) folgende wesentliche Änderungen der Fördergrundlagen mit:

1. Wegen der starken Nachfrage wurde die Förderung von Klimaschutzprojekten im Bundeshaushalt 2010 mit einer Haushaltssperre belegt. Für 2010 können keine weiteren Projekte bewilligt werden. Die Förderung werde jedoch im Jahr 2011 mit Änderungen fortgeführt.
2. Die Förderung wurde von max. 80 % auf max. 60 % gesenkt.
3. Frühest möglicher Zuwendungsbescheid und Projektstart – vorbehaltlich der dann zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel - im letzten Quartal 2010.
4. Frühest mögliche Bereitstellung der Fördermittel für Antragsteller ab 2011.

### III. Ausblick

Wegen der geänderten Vorgaben muss auch die Kostenplanung des Landkreises Miltenberg geändert werden:

Aktualisiertes Kostenmodell Landkreis Miltenberg bei verminderter Förderung des Bundes:

Gesamtkosten für regionales Energiekonzept		
Kostenanteil Büro B.A.U.M.	rd. 130.000	EUR
abzüglich max. 60%-ige Förderung	rd. 78.000	EUR
zzgl. evtl. Zusatzkosten Öffentlichkeitsarbeit (Homepage, Druck Infoblatt o.ä.)	<u>rd. 8.000</u>	<u>EUR</u>
Restkosten	rd. 60.000	EUR
Kostenanteile der drei Gebietskörperschaften (1/3) (evtl. abzüglich Beteiligung von Industriebetrieben)	rd. 20.000	EUR

Unter Berücksichtigung der Förderung und der genannten Beteiligungen an dem Energiekonzept erhöhen sich infolge der geänderten Förderbedingungen die Anteile der Gebietskörperschaften um jeweils rd. 5.000 Euro von rd. 15.000 auf je 20.000 Euro.

Durch die IBU und die IHK Aschaffenburg werden Firmen – auch die nicht Mitglied der Task Force Energie sind – angefragt, sich inhaltlich und finanziell an dem „regionalen Energie- und Klimakonzept“ zu beteiligen. Die finanziellen Beteiligungen der Wirtschaft reduzieren jeweils die Kosten der drei Gebietskörperschaften.

Die Stadt Aschaffenburg wird die Angelegenheit am 19.07.2010 im Stadtrat behandeln, der Umweltausschuss des Landkreises Aschaffenburg in seiner Sitzung am 29.07.2010.

Landrat Schwing dankte Regierungsrätin Thomasen für ihre Ausführungen. Er legte dem Gremium den Beschlussvorschlag ans Herz, man solle froh über diese Zusammenarbeit in der Region sein. Diese Grundlagenarbeit sei sehr wichtig. Man müsse beachten, der Landkreis Miltenberg sei kein Schlaf Landkreis, sondern ein Industriestandort. Über 50 % der Arbeitsplätze stammen aus dem industriellen Bereich.

Kreisrat Dr. Fahn bestätigte, man benötige eine Potenzialanalyse, auch wenn er noch Verbesserungen wünsche. Er verwies auf die Sitzung im Oktober 2009, da sei über die Aufgabenbeschreibung der Task Force gesprochen worden. Eine Versorgung der Region zu 100 % sei gewünscht gewesen, ebenfalls eine ergebnisoffene Untersuchung mit allen Varianten. Leider sehe er im konkreten Auftrag eine Eingrenzung auf regenerative Energien. Er wünsche hier zumindest einmal eine Untersuchung. Laut IHK gebe es keine Versorgungssicherheit. Dies bedeute für ihn eine Einschränkung des Untersuchungsauftrages. 16 Landkreise in Bayern hätten diese Beschlüsse bereits gefasst.

Kreisrat Dr. Steidl bemerkte, das Gutachten mache auf der einen Seite eine IST-Analyse und auf der anderen Seite eine Analyse der Erreichbarkeit. Natürlich sei ein hoher Anteil regenerativer Energie angestrebt. Aber man müsse realistisch bleiben. Eine Angabe eines Datums sei aus seiner Sicht wenig sinnvoll. Man solle möglichst schnell mit dem Gutachten beginnen.

Landrat Schwing wies darauf hin, man sei nicht alleine auf der Welt. Man arbeite hier gemeinsam in der Region mit drei Kommunen (Landkreis Miltenberg, Stadt und Landkreis Aschaffenburg) der Wirtschaft und der Energieagentur. Von der Task Force Energie höre man nur positive Rückmeldungen. Dies habe man vielen anderen voraus. Das gemeinsame Vorgehen sei ein hohes Gut und dies sollte viel wert sein. Er wiederhole, man sei ein Industriestandort, der nicht einfach mit nachzuwachsenden Rohstoffen zu versorgen sein wird. Es

werde nichts ausgeschlossen oder eingegrenzt. Man müsse auch Vertrauen haben. Die Stadt Aschaffenburg arbeite hier federführend.

Kreisrat Scherf bemerkte, er könne den Ausführungen so nicht ganz zustimmen. Entscheidend für ein Gutachten sei die Auftragsstellung. Es müsse geprüft werden, was möglich ist. Die Aufgabenbeschreibung schränke allerdings ein. Er fordere daher eine ergebnisoffene Prüfung. Der Bundesumweltminister habe schließlich festgelegt, dass bis 2050 die Bundesrepublik Deutschland komplett zu 100 % regenerative Energie versorgt werden müsse. Man könne nicht hierunter wegtauchen. Weiterhin fragte er nach, ob man sich von der Atomideologie verabschiede und ergebnisoffen prüfe.

Kreisrat Wendland stellte fest, das gemeinsame Vorgehen stehe nicht zur Debatte. Es sei eine ergebnisoffene Prüfung gewünscht.

Kreisrat Dr. Steidl bemerkte, man solle sich bewusst sein, dass der Landkreis Miltenberg gewisse Dinge nur begrenzt beeinflussen könne. Es gebe schließlich ein Energieeinspeisegesetz, rechtliche Fragen spielen ebenfalls eine Rolle. In Bezug auf die ergebnisoffene Beauftragung des Gutachtens erklärte er, er habe kein Problem, den betroffenen Satz aus der Zielvorgabe zu streichen. Es sei weiterhin lediglich eine Anmerkung und Randnotiz. Das Ziel sei doch klar, man hoffe auf eine möglichst hohe Quote regenerativer Energie.

Kreisrat Dr. Fahn bemerkte, das hohe Gut der Zusammenarbeit schätze er genauso wie Landrat Schwing. Er habe im Oktober die Aufgabenbeschreibung nicht gekannt und fühle sich nunmehr getäuscht. Er fordere eine Prüfung von 100 %.

Landrat Schwing wies daraufhin eine Täuschung entschieden zurück. Die Task Force könne weiterhin nicht wegen jedem Satz in ein Gremium gehen. Ein solches Vorgehen würde enorm Zeit kosten. Das gewünschte Ergebnis komme automatisch heraus, nämlich der Energiebedarf und der Anteil der Deckung durch regenerative Energien.

Kreisrätin Almitter teilte mit, dass die Vertreter der SPD-Fraktion dagegen stimmen werden.

Kreisrat Scherf erwähnte noch einmal, in der Aufgabenstellung stehe nicht das Ziel möglichst viel regenerativer Energie.

Landrat Schwing bemerkte noch, im Stadtrat Aschaffenburg sei dies einstimmig beschlossen worden. Man möge nicht bereits vorher Erfolge herunterdiskutieren.

Kreisrat Andre bemerkte, es handele sich nicht nur um eine reine Energiefrage, sondern es gehe um den gesamten Wirtschaftsstandort. Die Versorgung mit Energie solle erstens auch in Zukunft sichergestellt werden, zweitens müsse dies auch bezahlbar sein und drittens, sie müsse umweltverträglich sein. Nach diesen drei Grundsätzen solle das Gutachten erstellt werden und er vertraue darauf. Er wünsche sich etwas mehr Vertrauen und Zutrauen in die gemeinschaftlichen Handlungen.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz stimmte mehrheitlich folgendem

#### **B e s c h l u s s z u:**

**Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nimmt die durch das Bundesumweltministerium geänderten Fördergrundlagen zur Kenntnis. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, den Plan für eine regionale Zusammenarbeit im Bereich Klima und Energie umzusetzen.**

Landrat Schwing bemerkte noch, einige fordern permanent die Zusammenarbeit in der Region, aber im Ausschuss werde dies blockiert. Er habe dafür kein Verständnis.

Tagesordnungspunkt 4:

**Versorgung des Landkreises mit erneuerbarer Energie (Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.01.2010 und Antrag der Fraktion der Freien Wähler vom 18.07.2010)**

Verwaltungsdirektor Fieger erläuterte die vorliegenden Anträge:

Mit Schreiben vom 05.01.2010 stellte KR Scherf für die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN den Antrag, dass der Kreistag beschließt:

„Der Landkreis Miltenberg strebt an, sich bis zum Jahr 2038 mit erneuerbarer Energie zu 100 % autark zu versorgen. In einem Teilschritt ist bis zum Jahr 2025 eine 50%ig autarke Versorgung mit erneuerbarer Energie anzustreben. Diese Selbstverpflichtung dient als Grundlage für alle künftigen Beschlüsse und Vorhaben des Landkreises in den Bereichen Verkehr, Stadtentwicklung und Bauen. Die Verwaltung des Landkreises wird beauftragt, ein Konzept zu erstellen, wie dieses Ziel umgesetzt werden kann.“

Mit Schreiben vom 18.07.2010 stellte KR Dr. Fahn für die Fraktion der Freien Wähler den Antrag an den Kreistag, dass der Landkreis Miltenberg mittel- und langfristig (z.B. 2040) eine 100 %ige Versorgung mit erneuerbaren Energien anstrebt und einen Beschluss fasst, eine 100% EE-Region zu werden.

Zuständig für die Beratung und Beschlussfassung beider Anträge ist nicht der Kreistag, sondern der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz gemäß § 36 Abs. 3 Satz 1 GeschO.

Beide Anträge verfolgen dasselbe Ziel und können deswegen unter einem Tagesordnungspunkt gemeinsam behandelt werden. Die Leitungsgruppe der Initiative Bayerischer Untermain hat am 13.10.2008 beschlossen, sich dem Thema „Energie“ auf gesamtregionaler Ebene widmen zu wollen. Es soll ein Konzept für eine Potentialanalyse über regionale Energieerzeugung und –verbrauch erarbeitet, und soweit möglich Fördermittel einbezogen werden. Gleichzeitig soll eine Strategie zur Stärkung der regionalen Energieerzeugung, Energieeffizienz und –einsparung erstellt werden.

Im Hinblick auf den unter TOP 1 der heutigen Sitzung vorgetragenen Sachverhalt und weil sich der Landkreis Miltenberg nicht von einer in der Region abgestimmten Vorgehensweise abkoppeln sollte, schlägt die Verwaltung vor, die beiden Anträge als Arbeitsmaterial an die zuständige Leitungsgruppe der Initiative Bayerischer Untermain zur Erstellung eines integrierten Energie- und Klimakonzeptes in der Region Bayerischer Untermain weiter zu leiten. Die Beschlussfassung über die beiden Anträge sollte solange zurück gestellt werden, bis die angestrebte Potenzialanalyse vorliegt.

Zum Antrag von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN ist noch anzumerken, dass der Landkreis im Bereich „Stadtentwicklung“ keine eigenen Aufgaben und Zuständigkeiten hat.

Kreisrat Dr. Fahn bemerkte, man werde selbstverständlich zustimmen. Es sei aber kein utopischer Antrag, viele Landkreise würden so handeln.

Kreisrat Scherf stimmte ebenfalls zu.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste einstimmig den

### **B e s c h l u s s :**

**Die Anträge der Kreistagsfraktionen von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 05.01.2010 und der Freien Wähler vom 18.07.2010 werden als Arbeitsmaterial zur Erstellung eines integrierten Energie- und Klimakonzeptes in der Region Bayerischer Untermain an die zuständige Leitungsgruppe der Initiative Bayerischer Untermain weiter geleitet. Die Beschlussfassung über die beiden Anträge wird solange zurück gestellt, bis die angestrebte Potenzialanalyse vorliegt.**

Tagesordnungspunkt 5:

### **Kreismülldeponie Guggenberg; Bericht zum Sickerwasserproblem**

Regierungsamtsrat Röcklein erläuterte den Sachverhalt.

Er knüpfte an den Bericht vom 03.05.2010 an:

Grundsätzlich hat sich leider an der Situation nichts verändert.

Zu den drei verschiedenen arsenbelasteten Wässern auf der Kreismülldeponie:

#### **1. Sickerwasser / Aus dem Bereich der Deponie, Deponieklasse 2**

Das Deponiesickerwasser aus dem neuen Bauabschnitt III a = Sickerwasserstrang 10 ist nach wie vor sehr hoch belastet. Es wird in den Pufferteichen gesammelt und in der Deponiesickerwasserreinigungsanlage behandelt. Dort können wir Arsen mit den provisorischen Maßnahmen binden und herausfiltern.

Allerdings treten immer wieder Probleme auf, die zu hohen Arsenwerten führen und uns verbieten, dass bis auf das Arsen gereinigte Sickerwasser abzuleiten. So mussten wir beispielsweise in der 28. Kalenderwoche in Fehlcharge fahren bis wir wieder die zulässigen Ablaufwerte erreichen konnten. Diesen Vorfall konnten wir auf die hohen Temperaturen und einen überladenen Sandfilter zurückführen.

#### **2. Oberflächenwasser aus der DK-0-Deponie**

Dieses ist nur mit Arsen kontaminiert, ansonsten weißt es keine Verschmutzungen aus. Auf Grund unserer Lkw-Abfahren im März und April und der anhaltenden günstigen Witterung mit wenig Niederschlägen, können wir dieses Wasser seit 14. April ebenfalls in unsere Pufferteiche leiten und in der Deponiesickerwasserreinigungsanlage mit behandeln.

Immerhin handelt es sich hier um eine Fläche von rund 18.000 m<sup>2</sup>, über die bei einem Gewitterregen locker kurzfristig 500 bis 700 cm Wasser anfallen können.

Bis zum Herbst brauchen wir für diese Fläche um die dort anfallenden Wassermengen eine andere Lösung. Die Kapazität des Sickerwassersystems ist damit voll ausgelastet. Bei größeren Regenperioden ist eine Überlastung zu erwarten.

#### **3. Oberflächenwasser Nordböschung**

Hier handelt es sich um eine Hangfläche mit knapp 5000 m<sup>2</sup> Grundfläche. Das Oberflächenwasser fließt durch die Dränageschicht und wird mit Arsen kontaminiert. Sonstige Verschmutzungen sind nicht vorhanden. Das Wasser fällt sehr schnell an, ein Anschluss an das Sickerwassersystem zusätzlich zur DK-O-Deponie würde auf jeden Fall die Kapazitäten der Pufferteiche und der Deponiesickerwasserreinigungsanlage sprengen.

Bisher ist es uns gelungen, mit Nutzung des Regenwasserüberlaufbauwerkes als Beruhigungsbecken am Auslauf der Deponie den Richtwert von 0,3 mg/l Arsen einzuhalten. Das vom Landkreis zur Feststellung von Baumängeln eingeleitete gerichtliche Beweissicherungsverfahren läuft. Der vom Landgericht Aschaffenburg bestellte Sachverständige hat seine Arbeit aufgenommen.

Herr Professor Weigand von der Fachhochschule Gießen hat uns positive Signale zukommen lassen. Sein Bericht hat er ja bereits in der Mai-Sitzung für Ende Juli / Anfang August angekündigt.

**Zusammengefasst:**

Das Arsenproblem besteht unverändert. Ein Ende ist nicht abzusehen.

Es ist uns bisher gelungen, die daraus entstehenden Umweltbeeinträchtigungen möglichst niedrig zu halten und die gesetzlichen Grenzwerte, sowie die für das Oberflächenwasser ins Auge gefassten Richtwerte, einzuhalten.

Sobald der Bericht der Fachhochschule Gießen uns neue Wege und Techniken aufzeigt, werden wir an die technische Umsetzung gehen, um diese vor Herbst / Winter vollenden zu können.

Über Kosten können wir derzeit nur einen Zwischenstand geben:

- Sickerwasser-Abfuhr	21.471,28 €
- Laborkosten, Chemikalien und Ähnliches	13.868,66 €
- Fachhochschule Gießen (Teilbetrag)	3.750,00 €
- Sonstiges	1.094,80 €

Für die Errichtung von 2 Wasserdurchflussmeseinrichtungen zur Datenerfassung für eine spätere Behandlung des Wassers aus der DK-0-Deponie und des kontaminierten Oberflächenwassers sind bisher 55.438,49 € Euro angefallen.

Zusammen also 95.443,23 €.

Dazu kommen Kosten für erhöhten Strom, Sauerstoff und Chemikalienverbrauch in der Deponiesickerwasserreinigungsanlage und natürlich unsere eigenen Personalkosten und sonstigen Aufwendungen.

Für weitere Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass man hier nicht Verursacher, sondern Geschädigter sei.

Tagesordnungspunkt 6:

**Erweiterung der Kreismülldeponie Guggenberg; Erdhalde - Durchführung von Restarbeiten durch die ARGE**

Techn. Amtmann Strüber erläuterte die Vorlage:

Ich erinnere an die Sitzung vom 28.07.2009 bei der Sie sich einen Eindruck von der Erdhalde zwischen dem neuen DK 2 Deponieabschnitt und der neuen DK 0 Deponie verschaffen konnten. Diese Halde ist ja auch bereits mehrfach in den letzten Sitzungen angesprochen worden.

Die enorme Menge von 13.500 m<sup>3</sup> Gemischen aus Erde und Steinen bzw. Blöcken ist entstanden durch nicht leistungsverzeichniskonforme Ausführung durch den Auftragnehmer, ARGE Deponie Guggenberg. Selbstverständlich musste diese in einen vom Landkreis bestellten Zustand überführt werden. Unser Auftragnehmer hat diese Leistung jedoch lange Zeit verweigert und erst mit Androhung von Ersatzvornahmen eingelenkt.

Erst recht spät im vergangenen Jahr war die Firma bereit, die erforderlichen Arbeiten zu beginnen. Jedoch war die Witterung zu diesem Zeitpunkt derart schlecht, dass die Separierung recht schnell wieder eingestellt werden musste. Am 08.12.2009 rollten die erforderlichen Maschinen - ein Radlader, ein Bagger und eine Siebmaschine - in Guggenberg an und begannen sogleich mit der Arbeit. Da Fahrverkehr in dem durchfeuchteten Untergrund und eine qualitativ hochwertige Klassierung ohne Übermenge an Fremdkorn nicht ausführbar war, mussten die Arbeiten dann jedoch bereits 4 Tage nach Beginn am 11.12.2009 wieder eingestellt werden. Man wollte im zeitigen Frühjahr erneut beginnen.

Im zeitigen Frühjahr musste der Landkreis jedoch erneut auf einen Beginn zum 28.06.2010 vertröstet werden, da der Wassergehalt deutlich oberhalb der für eine Aufbereitung erforderlichen Werte lag. Die Maschinen nahmen ihre Arbeit dann erst am 05.07.2010 auf.

Aber wieder einmal läuft auch diese Maßnahme nicht problemlos ab. Die geplante Durchsatzleistung beträgt ca. 1.000 t/d – d.h. bei einer Dichte von ca. 1,9 t/m<sup>3</sup> hätte nach ca. 25 Arbeitstagen das Haufwerk in seine 3 Fraktionen separiert werden und die Arbeiten in dieser Woche etwa zur Hälfte abgeschlossen sein können. Das ist leider noch nicht der Fall. Es kam anfänglich zu Ausfällen an der Siebanlage, die einige Tage Reparaturzeit erforderlich gemacht haben. In der letzten Woche kam dann noch ein Schaden an dem Austragsförderband der Siebanlage hinzu.

Damit leider noch nicht genug. Der Landkreis hat nach betriebstechnischen Anforderungen Flächen in Abhängigkeit von der Menge der zu erwartenden drei Fraktionen zur Verfügung gestellt, ausgepflockt und die Bauleitung auch vor Ort eingewiesen. Außerdem wurde ein Lageplan mit der Darstellung dieser Flächen übergeben. Doch auch mit der Einhaltung dieser Vorgaben klappt es nicht wie geplant, so dass der Auftragnehmer erneut zur Einhaltung aufgefordert werden musste. Nötigenfalls wird die Firma einen Großteil des Materials nachträglich noch einmal umlagern müssen.

Zum derzeitigen Zeitpunkt wurden erst etwa 20 % der Halde in die vom Landkreis bestellten Fraktionen aufgeteilt. Wenn die geplante Durchsatzleistung von 1.000 m<sup>3</sup>/d nach den Reparaturarbeiten erreicht und auch beibehalten werden kann, werden die restlichen Arbeiten an der Halde voraussichtlich noch 20 Tage in Anspruch nehmen, bis auch dieses Kapitel der Bauarbeiten ebenfalls abgeschlossen werden kann.

Landrat Schwing ergänzte, die vorliegende Geschichte sei scheinbar endlos. Die finanzielle Problematik werde im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung behandelt. Leider sei man verpflichtet, das billigste Angebot zu akzeptieren.

Kreisrat Klimmer fragte, ob man nicht vor Ort sofort Probleme ausmerzen könne.

Regierungsamtsrat Röcklein erklärte hierzu, dass natürlich eine Anweisung vor Ort erfolgte. Man könne allerdings nicht ständig daneben stehen. Die Firma beginne morgens früh und arbeite abends länger, dies sei auch so üblich. Aber man stehe dann vor vollendeten Tatsachen.

Landrat Schwing bemerkte, das Problem sei der verzögerte Ablauf.



Tagesordnungspunkt 7:

### **Abfallbilanz 2009 - Kurzvorstellung**

Regierungsamtsrat Röcklein erläuterte die Vorlage anhand des beiliegenden Schaubildes und verwies auf die vorab zur Verfügung gestellte und gleichzeitig ausliegende Abfallbilanz: Wir haben wie gewohnt die Abfallbilanz für den Landkreis Miltenberg für das Jahr 2009 erstellt und inzwischen elektronisch an das bayerische Landesamt für Umwelt übermittelt. Wir legen Ihnen eine Ausfertigung dieser Abfallbilanz zur Kenntnis vor.

Wir haben im Jahr 2009 die bisher höchste Verwertungsquote im Landkreis Miltenberg mit 78,5 % aller im Bereich der privaten Haushalte und des Kleingewerbes anfallenden Abfälle erreicht.

Nicht enthalten sind vier der fünf Elektroschrott-Fraktionen. Nur die Eigenvermarktungsmengen aus der sogenannten weißen Ware sind eingeflossen. Nicht dagegen Kühlgeräte, Bildschirmgeräte, Haushaltsgeräte und Computer sowie Leuchtstoffröhren und Energiesparlampen.

Aber wir haben die gesamte Elektroschrottmenge die bei unseren drei Übergabestellen Guggenberg, Erlenbach und REMONDIS abgeholt wurde hochgerechnet und kommen für 2009 auf stolze 9,9 Kilogramm je Landkreiseinwohner. Gefordert sind heute vom Elektro- und Elektronikgerätegesetz 4 Kilogramm je Einwohner. Nach den bayerischen Vorgaben dürfen wir diese Zahlen allerdings nicht in die Abfallbilanz aufnehmen.

Nachdem wir alle großen Abfallfraktionen zwischenzeitlich durchforstet haben, sind weitere Steigerungen nur über die kleinen Abfallfraktionen und mit erheblichem Aufwand möglich. Wir werden uns jedoch bemühen, auch weiterhin eine Steigerung zu erreichen.

Zum Vergleich: Nach dem Bericht des bayerischen Landesamtes für Umweltschutz über die Abfallbilanz 2008 war die bayernweite Verwertungsquote 2008 bei 71,4 %, die niedrigste Verwertungsquote in den einzelnen Körperschaften lag bei 54,4 %, die höchste Verwertungsquote in den Körperschaften lag bei 90,8 %. Nachdem die Verwertungsquoten der einzelnen Körperschaften nicht mehr veröffentlicht werden, können wir Ihnen leider nicht sagen, welche Körperschaften dies waren.

Kreisrat Dr. Fahn fragte nach, ob die genannten Prozentzahlen auch identisch seien mit den Zahlen auf der Homepage des Umweltministeriums.

Regierungsamtsrat Röcklein entgegnete, dass genau diese Zahlen abgeliefert worden seien. Nach einer weiteren Prüfung durch das vom Umweltministerium beauftragte Büro werden diese auch auf die Homepage gestellt, daher komme es nur zu geringfügigen Veränderungen.

Kreisrat Dr. Fahn fragte weiterhin nach der Entwicklung des Restabfalles.

Regierungsamtsrat Röcklein antwortete, eine Präsentation für das Internet werde erstellt, sei aber noch nicht fertig. Die exakten Zahlen werden nachgeliefert.

Landrat Schwing erwähnte die erfreuliche Entwicklung in Bezug auf die Wertstoffe und bemerkte, man werde auf breiter Front weiterkämpfen.

Tagesordnungspunkt 8:  
**Anfragen**

Es lagen keine Anfragen vor.

gez.

**Schwing**  
Vorsitzender

Ausschuss für Natur- und Umweltschutz 28.07.2010

gez.

**Wagner**  
Schriftführerin